Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. Oktober 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 114

Zum Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe

Das zum Schlusse des „Gewerblichen Rundblicks" in voriger Nummer über den Streik der Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe Gesagte entsprach nur zum Teil den Tatsachen. Es kann noch gar nicht von einer Beendigung des Kampfes gesprochen werden, und die daran geknüpften Bemerkungen über das Fehlschlagen der Verlegertaktik waren zu verfrüht. Irreführende Zeitungsnotizen haben diese Falschorientierung unsrer Leser veranlaßt. Zur Abschlußstunde der vorigen Nummer lagen die erst mit der Nachmittagspost uns zugehenden Berliner Morgenblätter noch nicht vor. Die ein wenig früher am Nachmittag erscheinende „Leipziger Volkszeitung" brachte eine ganz kurze Meldung über den Berliner Kampf, die wir noch sofort benutzten, um den Schluß unsres Leitartikels danach umzugestalten. Die Notiz besagte, der Gewerkschaftsbund der Angestellten im Zeitungsgewerbe, der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe seien nach vielstündigen Verhandlungen am 4. Oktober zu einem Vergleiche gekommen, in dem sich der Arbeitgeberverband u. a. verpflichtet, den Angestellten für den Monat Oktober ein Drittel des Monatsgehalts als Vorschuß zu zahlen. Etwas weiteres wurde nicht mitgeteilt.

Gleich nach Fertigstellung der vorigen Nummer wurden wir gewahr, daß die von uns benutzte Zeitungsnotiz sehr irreführend gewirkt hat. Aus der „Freiheit" erfuhren wir, daß es sich um eine Falschmeldung handle, die in der bürgerlichen Presse Verbreitung gefunden hat, aber, wie erwähnt, auch von der „L. V." übernommen worden ist; ob von weiteren Arbeiterblättern noch, können wir nicht feststellen, da wir keinen Gesamtüberblick haben. Der mitgeteilte Vergleich ist zwar vor dem Schlichtungsausschusse Groß-Berlin zustande gekommen, aber die daran beteiligten Arbeitnehmerorganisationen sind gelbe Gewerkschaften, die sich dem Streik gar nicht angeschlossen hatten. Der Streik wird nämlich vom Zentralverbande der Angestellten geführt und fand durch den Vergleich mit den Nebenorganisationen keine Beeinflussung. Die Afa hatte, wie wir im „Vorwärts" lesen, schon am 23. September den Schlichtungsausschuß angerufen, sechs Tage später schritten die gelben Verbände dazu und erreichten, daß für sie zuerst Verhandlungstermin angesetzt wurde. Die Vertreter der Afa sollten nun mit den Gelben gemeinsam vor dem Schlichtungsausschusse verhandeln. Das lehnten sie strikt ab. Der Streik geht also weiter und ist nicht am 4. Oktober durch Vergleich beendigt worden. Daß die bürgerlichen Zeitungen von einem Teilstreik schreiben, ist auch eine Irreführung. 3000 Angestellte sind vielmehr ausständig und etwa 100 arbeiten weiter.

Der jetzige Tarifvertrag enthält in der niedrigsten Stufe ein Gehalt von 500 Mk. monatlich, die bis zu 1150 Mk. heraufgehen in der bestbezahlten Gruppe nach siebenjähriger Dienstzeit. Die gestellten Forderungen belaufen sich für Diätare, die jetzt 16 bis 20 Mk. Tagesverdienst haben, auf 50 Proz. Erhöhung, für die jugendlichen Angestellten auf 25, für alle übrigen auf 20 Proz. Zuschlag. Auch die neuen Gehaltssätze wären nicht hoch zu nennen. Die Zeitungsverleger beantworteten aber die Forderungen zunächst mit der Eröffnung, einen Abbau um 20 Proz. vorzunehmen. Daß sie dadurch bei ihren Angestellten erst den Kampfgeist richtig entfachten, werden sie inzwischen eingesehen haben. Die Abbaugelüste wurden ja schnell fallen gelassen.

Der sogenannte gelbe Vergleich spricht zunächst davon, daß in den gültigen Manteltarif des Zeitungsgewerbes auch die beiden gelbsüchtigen Organisationen einbezogen werden. Das Weitere sei im Wortlaute mitgeteilt:

Die Verhandlungen über die Gehaltssätze werden zunächst zurückgestellt, bis die bevorstehenden Verhandlungen mit den Buchdruckern beendet sind. Von den Arbeitgebern wird jedoch eingewilligt, falls die Buchdruckerverhandlungen Erhöhungen für das gewerbliche Personal bringen, auch dem Gewerkschaftsbunde der Angestellten und dem Gewerkschaftsbunde kaufmännischer Angestelltenverbände, deren Angehörige in den Betrieben tätig sind, entsprechende Gehaltserhöhungen zu bewilligen, die bereits vom 1. Oktober 1920 ab zu zahlen sind.

Sollten die Verhandlungen mit den Buchdruckern bis zum 25. November noch zu keinem Resultat geführt haben, so ist der Arbeitgeberverband bereit, auf Antrag schon zu diesem Zeitpunkt in neue Verhandlungen über die Forderungen auf Gehaltserhöhungen einzutreten.

Der Arbeitgeberverband verpflichtet sich, den Arbeitnehmern für den Monat Oktober 1920 ein Drittel des Monatsgehalts als Vorschuß zu zahlen, der in drei Monaten in drei gleichen Raten, beginnend ab Ultimo November, rückzahlbar ist.

Die Gelben haben also zunächst nichts weiter erreicht als Gewährung eines rückzahlbaren Vorschusses. Alles andre wird von den Tarifverhandlungen bei den Buchdruckern abhängig gemacht. Wenn wir diese Dehnbarkeiten nicht als ein Symptom für die großen uns bevorstehenden Schwierigkeiten betrachten würden, wäre das unklug.

Am 6. Oktober ist dann vor dem Schlichtungsausschusse zwischen den streitenden Parteien verhandelt worden. Von Unternehmerseite wurde das Abkommen mit den Gelben vom 4. Oktober proponiert; sie „hätten sich im Interesse des Wirtschaftsfriedens hierzu entschlossen, so sehr es an sich auch ihren grundsätzlichen Anschauungen widersprach, mit Angestellten in Verhandlungen zu treten, die unter Tarifbruch im Streik stehen". Auf dieser Grundlage kam es jedoch zu keiner Einigung, weil die Angestellten sich nicht auf diese Eselsbrücke für spätere Absichten begeben wollten. Als darauf der Schlichtungsausschuß zu einem Schiedsspruche kam, der, wie es im „Berliner Tageblatt" heißt, weit über den Vergleich hinausging, kamen die Verleger einstimmig zur Ablehnung. Für die Gelben ergibt sich daraus, daß sie sich bei ihrem Vergleiche tüchtig einseifen ließen; nicht einmal zu einem Schiedsspruche haben sie es kommen lassen. Dieser spricht allen Angestellten ab 1. Oktober eine Zulage von 15 Proz. zu; man könne von diesen nicht verlangen, bis zum 25. November zu warten.

Der „Teilstreik" im Berliner Zeitungsgewerbe — die Angestellten der Annoncenexpeditionen haben sich nun auch angeschlossen — hat auf einmal eine solche Bedeutung erhalten, daß nach einer Mitteilung im „Leipziger Tageblatt" vom 7. Oktober der Verein großstädtischer Zeitungsverleger in Berlin die Mitteilung versandte:

Da das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhält, sehen sich die Berliner Zeitungsverleger zur Entlassung ihres gewerblichen Personals gezwungen, und die Zeitungen können daher bis auf weiteres nicht erscheinen.

Damit wird nun das in voriger Nummer von uns Gemeldete vollends in das Gegenteil verschoben. Jetzt sind die Zeitungsverleger zur Aussperrung übergegangen, weil das technische und das Hilfspersonal (Buchbinder, Transportarbeiter, Zeitungsfrauen usw.) Solidarität geübt haben durch Wahrmachen der in Versammlungen abgegebenen Erklärungen, keinerlei Arbeit auszuführen oder nur entgegenzunehmen, die bisher den Streikenden obgelegen hat. Das Setzen von Inseraten wurde in erster Linie verweigert, so daß die nichtbewilligenden Blätter (die große Mehrzahl) ohne Inseratenteil erschienen. Als am Abend des 6. Oktober die Aufforderung der Geschäftsleitungen, davon Abstand zu nehmen, einfach abgelehnt wurde von den Personalen und somit die Solidarität weiter seitens der Setzer geübt werden sollte, schritten die Verleger zur Entlassung der gesamten Personale.

Die Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes" vom 7. Oktober ist nicht eingetroffen. „Vorwärts", „Freiheit" und „Rote Fahne" sind erschienen. Es ist also in Berlin zu einer schweren Machtprobe gekommen, die in ihren Konsequenzen nicht abzusehen ist. Die Berliner Zeitungsverleger haben sie erst heraufbeschworen durch Ablehnung des Schiedsspruches.

Mehr Solidarität!

Von Tag zu Tag wächst das Heer der Arbeitslosen und Verkürzarbeitenden. Durch die Schuld der heutigen Wirtschaftsweise wird es auch auf absehbare Zeit nicht besser werden. Trotzdem läßt die Solidarität der Kollegen in mancher Hinsicht zu wünschen übrig. Ich meine diejenigen, die es bei vollem Verdienste fertig bringen, noch in andern Gewerben zu „mimen", sei es in Gastwirtschaften als Kellner, als Eintritts- und Tanzkassierer bei öffentlichen und nichtöffentlichen Vergnügen, Musiker usw. Ich kenne einen Fall, wo ein vollbeschäftigter Kollege (ein Kind) vier Stunden täglich am Gerichte mit Aktenheften beschäftigt wird. Also, dieser Mann mimt zwölf Stunden, während Kriegsverletzte, Kriegerwitwen und Arbeitslose massenhaft da sind, um diese Arbeit zu verrichten.

Ich verkenne die wirtschaftlichen Nöte der heutigen Zeit durchaus nicht, würde sie bei starker Familie und Verkürzarbeiten entschuldigen, aber bei vollem Verdienste noch andern Arbeitern das Brot streitig zu machen, zeugt von wenig Solidaritätsgefühl. Hier müßten Gewerkschaftskartelle und Organisationsleitungen scharfe Bestimmungen treffen, um so etwas unmöglich zu machen. Was nützen alle Bemühungen unsrer Vertreter bei Tarifverhandlungen für materielle und ideelle Besserstellung der Arbeiterschaft, wenn durch diese Handlungsweise den Unternehmern Wasser auf ihre Mühlen geliefert wird?

Also, weg mit dieser „Verbesserung des Minimums", übt wahre Solidarität! Wer wie wir acht Stunden körperlich und geistig tätig gewesen ist, kann unmöglich noch nebenbei einen andern Beruf ausfüllen. Es kann nur Stümperei sein.

Schweidnitz. X. R.

Arbeitslosigkeit und Abhilfe

Es wird soviel Langes und Breites im „Korr." darüber geschrieben, aber meiner Überzeugung nach nicht das Übel an der Wurzel gepackt und ausgerottet. Zum Beispiel habe ich selbst in Berliner Druckereien noch erlebt, daß Kollegen zwei bis drei Maschinen bedienen. Nun frage ich, ist es nicht möglich, beim Tarifamt dahin zu wirken, daß jeder Maschinenmeister nur eine Maschine bedient, damit mehr Kollegen in Arbeit kommen? Ich glaube, bei gutem Willen und geschlossener Abweisung der zweiten Maschine wäre vielen geholfen.

Es gibt auch Kollegen, die unser Handwerk nie richtig gelernt haben, im Alter von 14 bis 15 Jahren als Laufbursche oder Arbeitsbursche in einer Druckerei tätig gewesen sind und jetzt als Maschinenmeister arbeiten. Es sollte doch einmal nachgeforscht werden, wie viele in einer derartigen Weise die wirklich Gelernten schädigen. An ihre Plätze gehören nur regelrecht Gelernte.

Berlin. P. W.

□ □ □ Ernährungswirtschaft □ □ □

Die Kartoffeln in freier Bewirtschaftung

Die freie Wirtschaft in der Kartoffelversorgung macht sich in nachteiliger Weise schon recht deutlich fühlbar. Wenn selbst Agrarier- und Händlerblätter melden müssen, daß z. B. im Rhein- und Maingebiet seit Aufhebung der Zwangswirtschaft der Kartoffelpreis auf 40—45 Mk. im Kleinverkauf gestiegen ist und durch Überbieten der Händler immer weiter steigt, dann sollten die Regierungspersonen nicht noch Beweise der Abteuerung verlangen. Es ist ein sehr teures Schlaigeld, was wir sonst diesen Leuten in Form von anständigen Gehältern zahlen müssen. Wie mehrfach schon, fordern auch die schleswig-holsteinischen Bauern teilweise 50—70 Mk., obwohl Bauernvereine dort wieder 25—30 Mk., und im übrigen einsichtige Landwirte einen Preis von 15 bis 20 Mk. für angemessen erklärten. Der ängstliche bemittelte Verbraucher fährt hinaus aufs Land und bietet und bezahlt auch geforderte unverschämte Preise. Zur Beruhigung sei aber gesagt, daß Kartoffelvorräte in ausreichendem Maße vorhanden sind und man sich nicht um die Kartoffeln zu raufen braucht, wodurch der Wucher nur gefördert wird.

Der Entrüstungssturm, der alle Schichten der Bevölkerung gegen den Kartoffelwucher erfaßt hatte, der durch Schrift und Wort und nicht zuletzt durch Taten mit elementarer Gewalt zum Ausdruck kam, hat aber schon ganz

gehörig Bresche in den agrarischen Beutezug gelegt und wird es hoffentlich noch weiter tun.

Zur Ausnutzung des schlechten Standes unsrer Valuta sind auch anderseits in großer Zahl Auslandslieferungsverträge abgeschlossen und auch erfüllt worden. Diese Gefahr sieht endlich auch die Regierung ein und läßt demgemäß die Ausfuhrkontrolle verschärfen. Bedeutende Mengen sind schon über Elsaß-Lothringen nach Frankreich gewandert. Die Schweizer bemühten sich, diese Transporte über die Schweiz zu leiten, um dadurch zu billigen Kartoffeln zu gelangen. Also ein Schmuggel im ganz Großen mit vielen Eisenbahnzügen! Infolge der überhandnehmenden Ausfuhr des unentbehrlichen Nahrungsgutes sogar aus dem großen Zuschußgebiet Sachsen nach der Tschechoslowakei mußten die Grenzwachen bedeutend verstärkt werden. Im Regierungsbezirk Erfurt mußte vor Händlern aus Rheinland-Westfalen gewarnt werden, die große Mengen Kartoffeln bis zu 60 Mk. pro Zentner aufzukaufen suchten, um sie ins Ausland zu verschieben. In Mühlhausen (Th.) verhinderte die Arbeiterschaft einen wohl verdächtigen Transport von 1200 Ztr. nach dem Ruhrrevier und brachte die Kartoffeln zu 20 Mk. für den Zentner zur Verteilung. Trotz aller Kontrolle wird aber weiter verschoben und geschoben werden, denn das Schmuggelgeschäft lohnt sich.

Es könnte alles besser stehen, und der offen und versteckt betriebene Kartoffelwucher durchgreifender beseitigt werden, wenn das zentrums-agrarische Ernährungsministerium mehr Logik besäße und auch mehr Herz und Seele für das arbeitende Volk hätte. Die Regierung hat unter Zustimmung der Interessenten und notgedrungen der Verbrauchervertreter „Not"maßnahmen getroffen, die die freie Wirtschaft um etwas beschneiden, aber den absoluten Notwendigkeiten keine Rechnung tragen. Im freien Verkehr ist der Erzeugerpreis auf 25 Mk. festgesetzt, und, wenn es die Produktionskosten erlauben, auch darunter. Alle unteren Behörden sollen die Versorgung sicherstellen, der Kartoffelhandel konzessioniert und damit der unredliche Handel ausgeschaltet und der Wucher bekämpft werden. Die Lieferungsverträge mit der verhängnisvollen Wirkung bleiben aber in Kraft, wo doch das ganze Volk, mit Ausnahme der unersättlichen Agrarier, für Aufhebung der Lieferungsverträge ist. Fast alle Bedarfsverbände, ein großer Teil der unteren Behörden und der Bundesstaaten sowie der Deutsche Städtetag forderten die Aufhebung und einen geringeren Preis von 20 Mk. Die Berliner Regierung ist aber mehr die Wortführerin der profitsüchtigen Agrarier und will auch wohl zum Teil ihre Unfähigkeit nicht korrigieren, deshalb muß der unsinnige Vertragspreis von 31,75 Mk. (den selbst die auf Preisabbau bedachten Landwirte für einen Wucherpreis halten und nur 15—20 Mk. als gerechtfertigt bezeichnen) bestehen bleiben mit der Begründung, daß wir wegen verhängnisvoller Folgen nicht vertragsbrüchig werden dürfen. Aber gerade die Aufrechterhaltung, das Bestehen zweier Höchstpreise, hat unabsehbare Folgen, und dem Wucher ist dadurch schwerer beizukommen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß hat die Beschlüsse bedauerlicherweise gutgeheißen. Er lehnte, wohl in Erwartung des Lieferungsstreiks, einen Antrag auf Verbilligung (gleichmäßig auf 20 Mk.) „im Interesse der Verbraucher" ab, dafür wurde aber beschlossen, die Regierung aufzufordern, „energische Maßnahmen zur ungestörten Ernte und Beförderung" vorzubereiten.

Unter dem Drucke der Verhältnisse leiteten die Landwirte Hilfsaktionen für die notleidende Bevölkerung ein, durch die ein bestimmter Prozentsatz der Ernte (ein Tropfen auf den heißen Stein) zu billigerem Preise zur Verfügung gestellt werden sollte. Im Kreise Weißenfels sollen zu diesem Zweck 75000 Ztr. zu 15 Mk., in Mecklenburg 1000000 Ztr. zu 19 Mk., in Hessen und am Oberrhein ein entsprechender Teil zu 20 Mk. geliefert werden. In Sachsen sollte die Nothilfe ursprünglich 750000 Ztr. ergeben, nach Berechnung von andrer Seite sind es aber nur 28000 Ztr. Schon unzureichend in Preis und Menge für den eigentlichen Zweck, ist das für eine weitgreifendere Verbilligung nur noch hinderlich. Überdies muß man aus verschiedenen Gegenden hören, daß sich ein großer Teil der Landwirte zu der billigeren Abgabe nicht verpflichtet fühlt, was die Bevölkerung ganz naturgemäß erregen muß. Eine demonstrative Vollversammlung der Betriebsausschüsse und Betriebsräte des gesamten Niederrheins machte dagegen Front; die Verbraucher wollen geschlossen zur Selbsthilfe greifen und die allerschärfsten Mittel zur Anwendung bringen.

Auch im übrigen fühlt man sich nicht an Abmachungen gebunden. In einer offiziellen Konferenz bei der Kölner Regierung zwischen Erzeugern und Verbrauchern wurde ein Lieferungspreis von 25 Mk. festgesetzt. Hintenherum aber machen die landwirtschaftlichen Organisationen ihre Mitglieder durch Zirkular scharf, die Konjunktur sowie die Ängstlichkeit der Verbraucher auszunutzen und den Zentner nicht unter 30 Mk. abzugeben, damit bei der schlechten Ernte die Produktionskosten gedeckt würden.

In vielen Orten hat sich die Arbeiterschaft durch Vermittlung der Gewerkschaftskartelle oder andrer Arbeitervertretungen mit der Kartoffelversorgung und Herabsetzung der Preise befaßt. Verhandlungen wurden mit den Landwirten gepflogen, wobei teilweise auch nennenswerte Erfolge erzielt wurden. Auf diesem Wege der Selbsthilfe muß und kann weiter geschritten werden. In Geringswalde i. Sa. wurde ein Abkommen getroffen, wonach 5 Ztr. pro Kopf (kinderreiche Familien 6 Ztr.) zum Preise von 20 Mk., für bedürftige Familien 17,50 Mk. (wovon zum großen Teil die Arbeitgeber noch 2,50 Mk. tragen) pro Zentner geliefert werden.

Die Selbsthilfe der Arbeiterschaft hat sich an verschiedenen Orten auch in sehr drastischer Weise betätigt, die aber in allzu weitgehendem Maße verurteilt werden muß, da sie zum Nachteile für die Arbeiterbewegung ist. Gelegentlich von Versammlungen der Landwirte wurden Demonstrationen veranstaltet, u. a. in Gotha, Magdeburg, Kamenz i. Sa. und Grimma i. Sa. mit einer schließlichen Einigung auf 20 Mk. für alle Versorgungsberechtigte. In Mainz verließen an einem Tage 15000 Arbeiter ihre Arbeitsstelle, um in verschiedenen Richtungen hinaus auf die Dörfer zu ziehen und von den Landwirten die Herausgabe von Kartoffeln zu angemessenem Preise zu erzwingen. Es wurden 20 Mk. pro Zentner bewilligt und weitere Ermäßigungen in Aussicht gestellt. Am Oberrhein hatten die friedlichen Demonstrationszüge auf das Land zur Herbeiführung geordneter Kartoffelbelieferung zu niedrigen Preisen den schließlichen Erfolg, daß der Zentner überall mit 20 Mk. zugestanden wurde. In Braunschweig wurde von Arbeitervertretern den Landwirten und der Regierung eröffnet, daß keine Kartoffeln außer Landes gingen und, wenn keine Vernunft einzieht, man die Arbeit eines Tages ruhen und sich die Kartoffeln zum Preise von 20 Mk. selbst vom Lande holen würde. Die Großhändler haben hier die Versorgung zu höheren Preisen gleichfalls abgelehnt. Die Bergarbeiter des mitteldeutschen Bergbaues haben allenthalben von den Landwirten Entgegenkommen verlangt und drohen teilweise mit Streik und Kohlensperre oder neuen Lohnforderungen, wobei sie Rückhalt bei der übrigen Arbeiter- und Beamtenschaft finden. Die anhaltischen Bahnarbeiter beschlossen die Beförderung zu verweigern, so lange die Händler zu wucherischen Preisen einkaufen. Von den pfälzischen Gewerkschaftskartellen wurden auf einer Tagung in Neustadt a. d. H. Demonstrationsumzüge beschlossen und fanden statt nach den umliegenden Dörfern, wo übertriebene Kartoffelpreise gefordert wurden. Nach stürmischen Verhandlungen wurde versprochen, dafür zu wirken, daß nur 20 Mk. verlangt werden.

Der Vorstand des thüringischen Landbundes empfahl allen Landwirten des Bezirks, für auf Kartoffellieferungsverträge zu liefernde und für Freikartoffeln einen Einheitspreis von 20 Mk. für den Zentner ab Hof des Erzeugers zu nehmen und für Anfuhrkosten nicht mehr als 20 Pf. für den Kilometer zu berechnen. Die Landwirte vom Volksstaate Reuß haben sich bereits verpflichtet, die vertragsmäßigen und die freien für 20 Mk. ab Hof abzugeben. Die Ausfuhr aus Thüringen ist beschränkt und kann nur auf Antrag genehmigt werden. Das Thüringer Beispiel muß, bis auf die Abschließung den Bedarfsgebieten gegenüber, Schule machen und allgemein zur Tatsache werden, wozu alle Bevölkerungskreise, insonderheit die Arbeiter, wenn notwendig mit unsanftem Nachdruck, beitragen müssen.

Die Erzeugerselbstkosten sind gar nicht so groß, als immer hingestellt wird. Von sachkundiger Seite wurde eine Aufstellung gemacht unter Berücksichtigung der jetzigen Löhne, Material- und Düngemittelpreise. Danach werden bei durchschnittlich 200 Ztr. dieses Jahr geernteter Kartoffeln auf den sächsischen Äckern (55,34 Ar) gut gerechnet 11 Mk. Selbstkosten für einen Zentner festgestellt. Der Acker, dem gestiegenen Bodenpreise gemäß mit 3000 Mk. bewertet, würde bei 12 Mk. Verkauf schon 200 Mk. Gewinn ergeben, mithin sich die 3000 Mk. Anlagekapital mit 6,7 Proz. verzinsen. Bei 15 Mk. steigert sich der Gewinn auf 800 Mk. = 26,7 Proz., bei 20 Mk. auf 1800 Mk. = 60 Proz. und bei 30 Mk. sogar auf 3800 Mark = 127 Proz. Wenn auch von unbedingter Genauigkeit dieser Zahlen abgesehen werden muß, so müssen sie doch als der Wirklichkeit sehr nahe betrachtet werden.

Die Erfolge, die durch Selbsthilfe errungen sind, sind wohl zu schätzen, aber all das vereinzelte lokale Vorgehen ist doch nicht ausreichend genug. Was nützt es beispielsweise, wenn in einer Gegend mit reicher Landwirtschaft die Landwirte gezwungen werden, den Bewohnern einer Stadt nur 20 Mk. abzunehmen, wenn sie damit die Hand freibekommen, den größten Teil ihrer Ernte zu noch höheren Preisen an die Großstädte und Industrieorte absetzen zu können? Wenn wirklich für das ganze arbeitende Volk etwas erreicht werden soll, dann muß eine großzügige, einheitlich über das ganze Reich geleitete Aktion einsetzen. Dann müßten sowohl die Industriearbeiter als auch die Eisenbahner und Transportarbeiter, vor allen Dingen aber die Landarbeiter von einheitlichem Willen beseelt, gemeinsam und, wenn notwendig, energisch handelnd eingreifen. Einzelunternehmungen vermögen keine durchgehende Abänderung der Not zu bringen. Sie zersplittern die Kräfte und schaffen schließlich Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse selbst, die nicht zur Stärkung des Solidaritätsgedankens beitragen.

Wenn die auf Senkung der Preise gerichtete Bewegung nicht weitergetrieben und Durchgreifendes seitens der Arbeiterschaft nicht unternommen wird, dann werden namentlich die Großstädter trotz ausreichender Kartoffelbestände unzureichend versorgt und müssen außerdem unerschwingliche Preise zahlen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Großstadtgemeinden außerdem die Leidtragenden durch die Lieferungsverträge sind; so auch Leipzig, das eine sogenannte Kartoffelreserve abschloß. Da vertraglich nichts ausgemacht ist, verlangen die Landwirte die Abnahme des größten Teils noch vor dem Winter, wodurch der Stadt durch die höheren Preise bei der Abschlußzeit, durch Selbsteinmieten, Schwund und schließliche Verderbnis sehr große Kosten entstehen würden.

Im übrigen beobachte man in der Versorgung für den Winter eine abwartende Haltung, die Kartoffeln werden und müssen noch allgemein billiger werden. Man denke an den Erzeugerpreis von 8 Mk. im vorigen Jahre, dann wird man begreifen, daß ein beträchtlicher Preisabbau erfolgen muß, wenn anders nicht die Löhne weitersteigen sollen. Zudem ist diesmal die Ernte auch größer. Die Möglichkeit liegt sehr nahe, daß kommendes Frühjahr die zurückgehaltenen Kartoffeln zum Vorschein kommen und diese sowie schließlich auch die Stadtreserven verschleudert werden müssen, nur damit sie nicht verfaulen. Also guten Mutes und gehörig draufgedrückt, damit den Bauern die Bäume nicht in den Himmel wachsen! -s.

*

Die freie Vieh- und Fleischwirtschaft

Die nun am 1. Oktober eingetretene freie Fleischwirtschaft warf ihre Schatten überall schon lange voraus. Die Zufuhren von Schlachtvieh blieben gänzlich aus, weshalb an Stelle von Frischfleisch nur teueres, minderwertiges

---

Lest die Verbandsgeschichte!

Ein Vorkommnis aus jüngster Zeit: Ein namhafter Gelehrter der bürgerlichen Gesellschaft wandte sich an einen sozialistischen Schriftsteller mit der Bitte, ihn doch über das Wesen des Sozialismus und die Partei, die ihn vertritt, aufzuklären, und er fügte hinzu, daß er sich bisher wenig mit dieser Materie befaßt habe, er in der Gegenwart aber zu ahnen glaube, welch großes Ding es um diese Weltanschauung sei. Dieser Fall gibt zu denken. Er ist so ungeheuerlich und bezeichnend für den Geist des vornovemberlichen Deutschlands, daß man sich füglich nicht mehr wundert über die Verständnislosigkeit und Feindschaft, mit der sich jetzt bei uns zulande die Parteien und Volksschichten gegenüberstehen. Jener einseitig orientierte Gelehrte bildet natürlich keine Zierde der Wissenschaft, aber man kann ihm mildernde Umstände zubilligen, von Dingen nichts gewußt zu haben, vor denen man sich einstmals bekreuzigte und die möglicherweise außerhalb seiner beruflichen Interessensphäre lagen. Weit schlimmer ist es jedenfalls, der eignen Sache fremd und teilnahmslos gegenüberzustehen.

Daß viele unsrer Kollegen politisch noch unbeschriebene Blätter sind, kann man in Anbetracht der unerquicklichen Verhältnisse auf diesem Gebiet allenfalls verstehen, daß sie aber volkswirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten, also Dingen, die sie unmittelbar angehen, ihre Teilnahme versagen, sollte man nicht für möglich halten. Doch ist das zum Teil so und war es bis vor kurzem weit mehr. Ein Beweis dafür scheint mir der Fall unsrer Verbandsgeschichte zu sein, deren Vertrieb nun die Verlagsabteilung des Bildungsverbandes Deutscher Buchdrucker in ihre glücklichen Hände genommen und den Absatz erfreulicherweise in ein viel flotteres Tempo gebracht hat. Es ist ja richtig, das Erscheinen der Verbandsgeschichte fiel in eine recht ungünstige Zeit. Immer mehr von unsern Kollegen mußten hinaus in den fürchterlichen und so schrecklich langen Krieg. Auf die Daheimgebliebenen (nicht viel mehr als ein Drittel) aber legte sich die Not bleiern und der Jammer wurde größer durch die sich immer mehr erweiternden Lücken in Familie und Organisation. Darunter litt das Interesse an dem herausgekommenen ersten Band unsrer Verbandsgeschichte außerordentlich. Manch einer mag wohl auch eine Vorstellung gehabt haben davon wie von einer der vielen Broschüren in der Kriegszeit. Aber wer dann dieses große, schwere Buch (2¼ Pfd.) nur erst einmal rein äußerlich betrachtete, hatte es gleich weg, daß hier von einem Prachtwerke zu sprechen ist, das schon als Buchdruck- und Buchbinderarbeit meisterlich gelungen genannt werden muß.

Es liegt mir fern, für unsre Verbandsgeschichte die Reklametrommel zu rühren. Das käme meiner Meinung nach einer Achtungsverletzung vor ihrem Verfasser gleich, dem Kollegen Krahl, der damit unter den schwierigsten Umständen (wie aus dem Vorworte hervorgehend) sich auch als Gewerkschaftshistoriker gut eingeführt hat und die seinem Werke vor vier Jahren in der Fach-, Gewerkschafts-, sozialpolitischen Zeitschrifts- und politischen Tagespresse gewidmeten glänzenden Besprechungen vollauf verdiente. Krahls Zurückhaltung hat es wohl verhindert, daß davon etwas bekannt geworden ist, wie darauf auch zurückzuführen sein dürfte, daß erst jetzt durch die richtige Vertriebsmethode unsres regsamen Bildungsverbandes bzw. seiner rührigen Verlagsabteilung zutage dringt, wie ungemein günstig allgemein das Urteil in der Kollegenschaft über die Verbandsgeschichte lautet. Diese Reserve des Verfassers spricht aber vorteilhaft für den Geist, auf den das ganze Buch angelegt ist: anziehend geschildert und durch reichstes Tatsachen- und Ziffernmaterial gestützt, sollen die Werke des Verbandes für sich selbst zeugen und das Ehrenmonument unsrer Organisation hoch errichten.

Die Art von Geschichtsschreibung, die sich auf Gutenbergs Erfindung und ihre qualitative und quantitative Ausdehnung und Bedeutung im Laufe der Jahrhunderte bezieht, zeigte sich nur bemüht, die Rückwirkungen von Gutenbergs so epochalem Werk auf kulturellem Gebiete zu veranschaulichen und wie es den menschlichen Geist allgemein beflügelt hat. Eine wirtschaftliche Problemstellung wurde dabei möglichst zu umgehen gesucht; höchstenfalls berichtete man, daß zu des Erfinders Zeit einige Handschriftenmaler beschäftigungslos wurden und daß sie sich zur Wehr gesetzt hatten. Vergeblich aber sucht man nach einem Kompendium der Buchdruckerkunst, in dem das wirtschaftliche und soziale Begleitmoment neben dem kulturellen die gebührende Berücksichtigung gefunden hätte. Ein Mangel, den auch der Verfasser unsrer Verbandsgeschichte vermerkt.

Bei einem Gewerbe, das, wie jenes der Buchdrucker, vorwiegend immaterielle Werte schafft, liegt die Gefahr zu einer derartig einseitigen Geschichtsschreibung ja nahe. Diese hat sich aber überlebt, wie, um einen Vergleich heranzuziehen, heutzutage jene Geschichtsauffassung nicht mehr allein maß-

Gefrierfleisch oder auch Corned beef treten mußte. In Leipzig wurden beispielsweise von der Einkaufs- und Betriebsgenossenschaft der Fleischermeister lange vorher mehr als 100 Rinder, alles gutes Schlacht- und Nutzvieh, geschlachtet; man brachte es in das Kühlhaus. Will man der Bevölkerung damit beweisen, daß die freie Fleischwirtschaft besser funktioniert? Auch zur Verteilung bestimmtes bayerisches Seuchenfleisch wurde von der Genossenschaft zurückgehalten, von dem dann nach verlangter tierärztlicher Nachuntersuchung 16 Ztr. verworfen und vernichtet werden mußten. Geschieht das alles ungestraft mit Wissen der Behörden? Der Profit der Unternehmer liegt diesen danach wohl näher als die Gesundheit der Bevölkerung. In Pirna mußte der Abdeckerei eine größere Anzahl geschlachteter Kälber überwiesen werden, die aufgehoben waren, ohne daß Kühlräume zur Verfügung standen. Dabei muß man sich sehr wundern, daß bei den überhandgenommenen Viehseuchen nicht mehr Freibankfleisch angeboten wird. Die Landwirte lassen meistens das Vieh bei gegebenen Krankheitszeichen abstechen, um sich vor größeren Verlusten zu bewahren. Das Fleisch wird als minderwertig von den Viehkommissionären bedeutend geringer bezahlt, von denselben Herren, die sich während des Krieges und bis jetzt alle reichlich „gesund" gemacht haben.

Die Schlachtviehpreise sind inzwischen enorm gestiegen und steigen weiter ins Unermeßliche. Die Fleisch- und Wurstpreise folgen auf dem Fuß. In Erwartung eines guten Geschäfts ist von skrupellosen Händlern in den Überschußgebieten alles verfügbare Vieh aufgekauft worden, um es den Zuschußgebieten, wie Rheinprovinz, Sachsen usw., zu gegebener Zeit zu unerschwinglichen Preisen anzubieten. Man befürchtet hier das Schlimmste. In Berlin ist auch eine Fleischwarenindustrie A.-G. (Fiag) mit mehr als 200 Industriellen gegründet worden, um die guten Aussichten, die sich von nun an auf dem Fleischmarkte für die privatkapitalistische Großindustrie wieder bieten, auszunutzen. Gleichwie der Hauptausschuß für Vieh- und Fleischverkehr, der neben allen Interessenten auch zum kleinsten Bruchteil aus Vertretern und Verbrauchern besteht, wollen auch die Interessenten besonders in Sachsen Maßnahmen getroffen haben, um eine Schädigung weiter Volkskreise „nach Möglichkeit" auszuschalten. Sie wollen aber jede Verantwortung und Mitwirkung ablehnen, wenn der freie Verkehr mit Vieh und Fleisch wieder durch behördliche Eingriffe, Ausfuhrverbote oder Störung des Verkehrs unterbunden wird. Das bedeutet einen Freischein für Wucher, wenn die Regierung zu Notmaßnahmen gezwungen ist. Die Verhältnisse werden auch stärker sein als die Ehrlichkeit einiger weniger Interessenten.

In der Preußischen Landesversammlung eröffnete Abgeordneter Leiner trostlose Perspektiven, die uns durch die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung bevorstehen. Das Reich will auch die Zuschüsse für Auslandsfleisch nicht mehr zahlen, wohl aber für geplante Einfuhr von Futtermitteln. Die kleinen und mittleren Fleischereibetriebe würden vernichtet zugunsten der kapitalkräftigeren großen, die sich bei den hohen Preisen nur allein mit Vieh eindecken könnten.

Die Regierung wiegt sich mit ihren unzureichenden Maßnahmen immer noch in Sicherheit, obwohl nach Baden und Ostpreußen auch Lippe nach vollständigem Versagen die Zwangswirtschaft für Fleisch wieder einführen muß. Ist das nicht schon eine kaum noch zu überbietende Verurteilung der freien Wirtschaft mit ihrer Verteuerungstendenz!

Das Reich wurde des weiteren in neun Wirtschaftsgebiete eingeteilt. Beispielsweise soll Freistaat Sachsen mit Schlesien vereinigt sein; hoffentlich nicht bloß auf dem Papier. Ein Nachrichtendienst zur schnellen Verbreitung der offiziellen Marknotierung soll erst noch organisiert, eine Zentrale für Fleischbeobachtung geschaffen und die Frage des Ausgleichs zwischen dem Markte geregelt werden. An Papiermaßnahmen hat es ja noch nie gefehlt, an durchgreifenden um so mehr. Wenn man an die Komödie der in der Kriegszeit geschaffenen Preisprüfungsstellen, an die bis zur Unfaßbarkeit gehenden Verteuerungsmethoden der Kriegs- und späteren Verteilungsgesellschaften unter Protektion der Regierungsstellen und Kommunalverbände und dazu an das Stillchen der schon seit Monaten bestehenden Wuchergerichte denkt, dann könnte einen wohl kommunistische Putschrabiatheit befallen, wenn damit nicht das Gegenteil erreicht werden würde. Aber es kommt schon ein Tag, der eine Abrechnung besserer Art bringt! -s.

Korrespondenzen

Buer i. W. Die am 11. September abgehaltene Monatsversammlung befaßte sich in der Hauptsache mit der in Bildung begriffenen Lehrlingsabteilung. Um den Eltern und Lehrlingen Gelegenheit zu geben, sich von dem Zweck und den Vorteilen, welche die Lehrlingsabteilung bietet, zu überzeugen, waren diese eingeladen. Außerdem wurde noch gegen den Artikel Lohrmann (Gelsenkirchen) Stellung genommen. Kollege Lohrmann hat die materiellen Vorteile zu sehr in den Vordergrund gerückt. Es wurde betont, daß man unbedingt für die Abschaffung der Sonntagsarbeit eintreten müsse.

K. Karlsruhe. Die am 12. September hier vom Ortsvereinsvorstand einberufene vorbereitende Versammlung zur Gründung einer Lehrlingsorganisation nahm einen sehr guten Verlauf. Der Ortsvereinsvorstand wurde den Beschlüssen der Nürnberger Generalversammlung dadurch gerecht, daß er die Lehrlinge nebst Eltern einlud, und ein vom Kollegen W. Dittmann vorzüglich ausgearbeitetes Referat machte die Zuhörer mit den Zwecken und Zielen der Lehrlingsorganisation bekannt. Der reiche Beifall, welchen der Redner erntete, dürfte zu der Hoffnung berechtigen, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind und die hiesigen Lehrlinge alle der am 1. Oktober 1920 zu gründenden Lehrlingsorganisation beitreten werden.

Gau Thüringen. Eine Bezirksvorsteherkonferenz hatte der Gauvorstand für den 12. September nach Weimar einberufen. Gauvorsteher Prox gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen der Gauvorsteherkonferenz. Die auf ihr gefaßten Beschlüsse, insbesondere die für die Tarifberatung, wurden begrüßt und gebilligt. Über die praktische Durchführung der Lehrlingsabteilung entspann sich eine Aussprache, die zur völligen Klärung führte. Die weiteren Maßnahmen liegen nun bei den Bezirks- und den Ortsvorständen. In einigen Orten waren bereits die Vorarbeiten mit gutem Erfolge getroffen. An inneren Gauangelegenheiten stand zur Erörterung die Erweiterung bzw. die Verlegung des Bureaus vom Oktober ab nach dem von der Witwenkasse angekauften Haus in Weimar, wofür alle entstehenden Kosten bewilligt wurden sowie die Anwendung der auf der Nürnberger Generalversammlung beschlossenen Gehaltsordnung auf die beiden Gauangestellten. Ihr wurde zugestimmt. Aus den sonstigen Verhandlungen organisatorischer und tariflicher Art ist hervorzuheben der Beschluß, die Remuneration für die Bezirksvorstände vom ersten Quartal 1921 ab von 3 auf 5 Proz. zu erhöhen, woran auch die Ortsvorstände teilhaftig sein sollen, und die Bewilligung von 200 Mk. für den Waisen- und Jugendfürsorgeverein der Buchdrucker Wiens.

Wiesbaden. Am 11. September tagte im „Gewerkschaftshaus" unsre Monatsversammlung, die gut besucht war, nur unter Unpünktlichkeit litt. Zunächst wurde das Andenken eines durch Mord aus unsern Reihen gerissenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Unter „Geschäftlichem" teilte der Vorsitzende mit, daß der zweite Schriftführer und Tarifschiedsgerichtsvorsitzende um Entbindung von seinen Posten bittet. Sodann erteilte er dem Referenten Lehrer K. Broglie das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Frage der Sozialisierung". In trefflicher Weise gelang es dem Vortragenden, sich seiner Aufgabe zu entledigen, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Daß seine Ausführungen auf guten Boden gefallen, bewies die sachliche Diskussion. Es wurde dann zum nächsten Punkte der Tagesordnung geschritten: „Gewährung von Extraunterstützung an unsre Arbeitslosen durch Ortsmittel oder Zahlung eines Extrabeitrags". Nach kurzer, aber eindringlicher Diskussion wurde der Notlage der Arbeitslosen das rechte Verständnis entgegengebracht und der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Beitrags um 1 Mk. (der Beitrag beträgt jetzt 6 Mk.) einstimmig entsprochen. Des weitern wurden den Arbeitsinvaliden am Ort eine monatliche Extraunterstützung von 10 Mk. aus Ortsmitteln zugesprochen. Der Punkt „Kartellbericht" wurde auf die nächste Versammlung verschoben, und der Vorsitzende schloß nach Erledigung einiger Anfragen die anregend verlaufene Versammlung.

Würzburg. Die gutbesuchte Versammlung vom 10. September nahm den Bericht unsres Gauvorstehers Hemmerich (München) über die Gauvorsteherkonferenz mit großem Beifall entgegen. Wenn die zwingenden Gründe gegen ein neuerliches Vorgehen (zum 1. September) anerkannt wurden, so wird aber bestimmt mit einem Lohnaufbau für den Rest der Tarifperiode gerechnet, der durch die Teuerung schon jetzt überholt ist. Von der durch objektive Drucksachenberechnungen erfolgten Entkräftigung des Ausspruchs, daß das Gewerbe eine neue Teuerungszulage nicht verträgt, wurde mit Genugtuung Kenntnis genommen. Die kurz erläuterten Anträge zur bevorstehenden Tarifberatung, unterstützt durch unsre erstarkte Organisation, bieten Gewähr für eine ideelle und materielle Besserstellung der Kollegen, wenn die Gesamtkollegenschaft mitarbeitet, wozu auch ein fleißiger und anregender Versammlungsbesuch gehört. Neben örtlichen Erledigungen wurde eine Neuaufnahme befürwortet. — Am 12. September fand eine Lehrlingsversammlung statt, wozu auch die Eltern und gesetzlichen Erzieher der Lehrlinge eingeladen waren, aber nur in geringer Anzahl erschienen. Die Kollegen Schumacher und Engel referierten über das Lehrlingswesen im allgemeinen, über die Lehrlingsordnung und -organisation sowie über die Berufsberatung. Eine gleichzeitig veranstaltete Drucksachenausstellung, in der auch Arbeiten von unsrer Fachschule vertreten waren, wurde eingehend besichtigt.

Rundschau

Die Auflage des „Korrespondent" nach der Preiserhöhung. Der Übergang zu den neuen Verhältnissen ab 1. Oktober konnte sich schon etwas schwierig gestalten, da der alte Preisstand von 1899 mit nur 65 Pf. zu lange beibehalten war. Während seit Jahren ringsum der starken Verteuerung der Produktion sich alles mehr und mehr angepaßt hatte, hielt der „Korr." noch immer, im ganzen 21 Jahre, an dem völlig überholten, in Mainz festgesetzten Bezugspreis fest. Die von der Nürnberger Generalversammlung endlich beschlossene Erhöhung mußte daher einen verhältnismäßig größeren Schritt tun, wenn auch mit 1,50 Mk. für 39 Nummern im Vierteljahre die Preisstellung noch immer sehr niedrig ist. Erfreulicherweise ist nur ein Ausfall von kaum 1000 Abonnenten eingetreten, der Ende dieses Monats schon wieder eingeholt sein dürfte. Die 53500 Bezieher sind ja nicht Alleinleser, aber ihre Zahl muß sich bald heben und das sechste Zehntausend vollmachen. Der „Korr." ist unentbehrlicher als je und wird tatsächlich so begehrt, wie früher niemals. Unter den Großdruckstädten steht Stuttgart mit den am 1. Oktober eingetretenen Erhöhungen vornan, während Breslau im Rückgange voraus ist.

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma Franz Pohler in Hainichen, Verlag des „Hainichener Anzeigers", zahlte in anerkennenswerter Weise als Beihilfe zur Kartoffelbeschaffung den Verheirateten 100, den Ledigen 50 und den Lehrlingen 25 Mk.

---

gebend ist, der es nicht so sehr darauf ankam, Volksgeschichte zu schreiben, als die regierenden Fürstengeschlechter zu verherrlichen. Um nun bei der Geschichtsschreibung der Buchdruckerkunst zu bleiben, so konnte sie allein schon deswegen nicht anders ausfallen, weil ihre Verfasser sich aus dem Gelehrtenstande rekrutierten, denen der Blick für volkswirtschaftliche Fragen vielfach fehlte. Hier Neuland beschritten zu haben, weil ihn Beruf und Überzeugung dazu führten, ist das Verdienst des Verfassers unsrer Verbandsgeschichte. Man denkt an das Wort, das Montaigne einst im stolzen Selbstbewußtsein von sich sprach: „Wenn ich über mich selbst schreibe, so ist es erwiesen, daß niemals ein Mensch einen Gegenstand behandelt, den er besser kannte und verstanden, als ich den Gegenstand kenne und verstehe, und daß ich hierin der gelehrteste Mensch bin, der auf der Welt lebt." Dieser Ausspruch scheint mir die treffendste Würdigung der Verbandsgeschichte zu sein, denn indem Kollege Krahl sie schrieb, schrieb er ein Stück von seinem und unserm Selbst. Das ist es, worauf es noch immer, ganz besonders aber in der Gegenwart, ankommt.

Nun aber ist die Verbandsgeschichte nicht geschrieben, daß sie auf dem Bücherbord ein beschauliches Dasein führe, sie will vielmehr gelesen und geistig verarbeitet sein. Freilich, unterhaltende Geschichten, triefend von Sentimentalität und Kitsch, wie sie manche Menschen nach Feierabend bisweilen brauchen, stehen nicht darin. Die Verbandsgeschichte ist der Kampfplatz der Arbeit! Unsre Arbeit, unser Lohn, unser Sieg, unsre Niederlagen sprechen hier zu dir, zu mir, zur Gesamtheit. Ihr müßt es lesen! So steht es mahnend und bezwingend gleichsam auf jeder Seite geschrieben.

Was wißt ihr von den Organisationskeimen? Nicht einmal eine schwache Vorstellung könnt ihr davon haben, was als wirtschaftlich-soziale Einblicke in frühere Jahrhunderte und Jahrzehnte eingehend aufgerollt wird; wie äußerst lehrreich die Arbeitsverhältnisse, das sehr ungünstige Lehrlingswesen, die Schmutzkonkurrenz unter den Prinzipalen, die Buchhändlerpraktiken, die behördlichen Verfolgungen des freien Wortes geschildert werden; wie die ersten Regungen der Solidarität durch Errichtung örtlicher Unterstützungskassen, die Stellungnahme der Prinzipalität und der öffentlichen Gewalten zu den frühesten organisatorischen Anläufen, die Bestrebungen nach geregelten Arbeitsbedingungen unter Mitbestimmung der Gehilfen, die ersten Tagungen und aufkommenden Kämpfe in frühester Zeit und weitergehend bis Ende 1888 mit dem Glanzpunkte des 1873er schweren Kampfes, aber vollständigen Sieges und den deprimierenden Rückschlägen von 1876 und 1878 euer Interesse gefangen nehmen und euch mitgehen lassen durch Jahrhunderte hindurch — jawohl, durch ganze Jahrhunderte werdet ihr geführt. Alte Dokumente erscheinen im Faksimiledruck, die Hauptführer der Organisation schon von 1848 an — ein prächtiges großes Kapitel in dem Werke — werden in schöner Wiedergabe bildlich gezeigt. Hervorragend angelegt und überschwellich durchgeführt ist der umfangreiche statistische Teil. Das Verzeichnis der alten Organisationsleitungen, der Tagungen der Organisation wie der Tarifgemeinschaft ist praktisch wie ein Nachschlagewerk eingerichtet. Was sich im einzelnen zeigt, ist manchmal so liebevolle Kleinmalerei von dem Verfasser, daß man gern ein solches Kapitel noch einmal liest. Der alte, gute Buchdruckergeist, der oft gar nichts Zünftlerisches hatte, nicht selten aber hoch aufschlug in revolutionären Flammen, umfängt uns auf Schritt und Tritt bei unserm geistigen Spaziergange durch dieses Buch. Sein bis in das Jahr 1916 vordringendes Einführungskapitel ist ein Ding an sich. Dieser Anschauungsunterricht über die Verderblichkeit einer zerrissenen Arbeiterschaft und die immer auf Geschlossenheit haltende Unternehmertaktik mit einem weiten Überblick über das beiderseitige Kräfteverhältnis hat aktuellsten Wert, ist anscheinend in Voraussahnung der für die deutsche Arbeiterbewegung inzwischen gekommenen Periode der Zerfleischung geschrieben worden.

Dieses Buch, über fünfhundert Seiten in Lexikonformat, handelt von Lohn und Brot. Du mußt es lesen, denn es geht um deine Sache! Du mußt wissen, wie alles geworden, du mußt aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen, wenn du deinen Platz, auf den du als tätiges Glied der großen Berufsgemeinschaft gestellt bist, ausfüllen willst. Für Mitläufer hat die Neuzeit keinen Platz; sie werden weiterhin zu den Getretenen und Geschobenen gehören. Nur wer wissend sich bemüht, und mit Vollbewußtheit und Verantwortlichkeitsgefühl seinen Pflichten als politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nachzukommen sucht, der wird sich behaupten können. Hierzu dir das geistige Rüstzeug geben will und kann die Verbandsgeschichte. Nimm und lies! Das ist der gute und ach so billige Rat, den ich dir als Kollege und Freund gebe.

Ein hochbefriedigter Leser der Verbandsgeschichte.

Ablegung der Meisterprüfung. In Breslau haben Otto Fichtel (Setzer) und Fritz Pietsch (Drucker) die Meisterprüfung bestanden.

Unfälle. Der Kollege Walter Greif (Setzer) in Mansfeld hatte sich wegen andauernder Arbeitslosigkeit einem andern Berufe zuwenden müssen. Beim Anstreichen eines Förderturmes stürzte er ab und war sofort tot. Ein andrer Unglücksfall betraf den Kollegen Kurt Hofmann in Pirna, der mit seinem ebenfalls erwerbslosen Bruder in Mockethal bei Pirna Pilze suchen ging, von seinem Bruder abkam und in einen Steinbruch abstürzte. Auch er war sofort tot.

Buchausstellung in Stuttgart. Im Stuttgarter Handelshof, dem ehemaligen Kronprinzenpalais, wurde eine zweite derartige, von den Stuttgarter Verlagsfirmen sowie aus Heilbronn und Eßlingen beschickte Ausstellung eröffnet. Der Vorsitzende der Stuttgarter Verlegervereinigung äußerte sich über die Zukunft des Buchhandels ganz hoffnungsvoll. Das Buch sei heute mehr denn je eine Notwendigkeit.

Gleichmäßige Verteilung von städtischen Druckaufträgen. Um für die Verteilung von Druckarbeiten der städtischen Verwaltung in Altenburg einen möglichst befriedigenden Maßstab zu finden und anzuwenden, hat der dortige Stadtrat beschlossen, die Verteilung der Druckaufträge in Zukunft in der Weise vorzunehmen, wie sie von der Mehrheit der Buchdruckereien für angemessen gehalten wird.

Geniestreich eines Unternehmersyndikus. Im Anschluß an die in der vorigen Nummer gebrachte Mitteilung über die Einklagung des Schiedsspruches der Buchbinder muß noch etwas über Leipzig gesagt werden. In einer früheren Nummer hatten wir beiläufig erwähnt, das Leipziger Gewerbegericht hätte sich als unzuständig in dieser von Gehilfenseite anhängig gemachten Klagesache erklärt. Der Fall liegt indes so, daß der Unternehmersyndikus Dr. Schiller, der unsern Schwagern viel zu schaffen macht, vor dem Gewerbegerichte die Unterschrift des ministeriellen Vertreters unter dem Schiedsspruch angezweifelt hat. Darauf ist zur weiteren Prüfung die Angelegenheit verlagt worden. In Berlin, Frankfurt a. M., München und Stuttgart haben die Gewerbegerichte die Ausfertigung jedoch als rechtlich einwandfrei anerkannt. Wir verstehen nicht, daß das Leipziger Gewerbegericht sich auf die Schillerschen Winkelzüge eingelassen hat. Die Blamage für die Leipziger Buchbindereibesitzer wird dadurch allerdings noch größer.

Gewerkschaftliches Pressedoppeljubiläum. Am 1. Oktober bestand der „Deutsche Maschinist und Heizer" 25 Jahre. Als Monatsschrift mit rund 2000 Auflage beginnend, erscheint dieses Gewerkschaftsblatt jetzt zweimal im Monat und hat 115000 Leser. Karl Kirschnick als Redakteur konnte gleichzeitig auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit an dem „Deutschen Maschinist und Heizer" zurückblicken. Als Siebzigjähriger wird er der älteste und nach Karl Bringmann („Der Zimmerer") auch der am längsten Tätige unter den deutschen Gewerkschaftsredakteuren sein.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschaftler. In Offenbach a. M. ein Sekretär beim Ortsausschusse (Gewerkschaftskartell). Nur Kräfte aus ähnlicher Stellung wollen sich mit sämtlichen Ausweisen und ihren Gehaltsansprüchen bis 10. Oktober unter der Aufschrift „Gewerkschaftssekretär" an den Ortsausschuß Offenbach a. M., Aufstraße 9, wenden. — Auch nach Flensburg wird ein solcher Funktionär gesucht. Er muß organisatorisch, agitatorisch und rednerisch routiniert sein und auch den Arbeitersekretär vertreten können. Das Gehalt regelt sich nach den Bestimmungen des Vereins „Arbeiterpresse". Meldungen bis zum 15. Oktober an Ferdinand Grabein, Flensburg, Apenrader Straße 34. — Ferner wird nach München ein erfahrener Arbeitersekretär gesucht. Bis zum 16. Oktober müssen Reflektanten sich an den Gewerkschaftsverein München, Pestalozzistraße 40 III, unter der Aufschrift „Bewerbung Arbeitersekretär" gewandt haben.

Notlage der Arbeiterschaft — Gewerkschaftsleitung — Reichsleitung. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, zahlreichen Vorstellungen aus Gewerkschaftskreisen stattgebend, am 2. Oktober eine längere Aussprache mit dem Reichspräsidenten gehabt unter Hinzuziehung von Vertretern des Reichsernährungsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums. Die von der Regierung vorbereitete Verordnung betreffend den Abbau und die Stillegung von Betrieben wird dem Reichstage sogleich zugehen; sie soll den Wünschen der Arbeiter im wesentlichen entsprechen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird in größerem Maße gefördert werden; besonders leidende Bezirke und Industrien werden vorzugsweise berücksichtigt, außerdem ist schon Anweisung an sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe ergangen, alle nur möglichen Bestellungen jetzt herauszugeben. Die vor einiger Zeit bewilligten besonderen Beihilfen für längere Zeit Arbeitslose mit Familie gelangen gegenwärtig zur Auszahlung. Für die Wintermonate ist eine Erhöhung der laufenden Unterstützung beabsichtigt. Die Regierung versucht, durch Vereinbarungen der Produzenten mit den Gewerkschaften die Preise wichtiger Verbrauchsgegenstände zu verbilligen; bei den Eisenbahnern sei damit schon begonnen. Der am 28. September zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft vereinbarte Erzeugerpreis von 25 Mk. für den Zentner Kartoffeln soll nach Maßgabe der örtlichen Produktionskosten noch weiter gesenkt werden. Die minderbemittelte Bevölkerung soll billigere Kartoffeln erhalten. Das Reichsernährungsministerium werde wucherischem Einkaufe von Kartoffeln mit allen Mitteln entgegengetreten und bittet um Anzeige einschlägiger Fälle. Diese Aktion der Gewerkschaftszentrale war notwendig, und das Verhalten der Reichsleitung gegenüber der Notlage der Arbeiterschaft ist verständig zu nennen. Nur befürchten wir, daß vieles von diesen, übrigens meist unbestimmten Verheißungen nicht Verwirklichung finden wird. Die Kreise, auf die es ankommt, benutzen ja doch zu sehr die Reichsregierung als Vorspann für ihre Interessen und haben damit ziemlich Glück. Darin liegt der Schwerpunkt, von da aus muß die Änderung einsetzen.

Genossenschaftlicher Schutzwall gegen die Teuerung. Es läßt sich nicht bestreiten, daß unsre Konsumvereine einen Schutzwall gegen die Teuerung bilden. Nicht in dem Sinne, daß sie vermöchten, der Teuerung Einhalt zu tun; sicher aber in dem Sinne, daß ihr Dasein dazu beiträgt, die Bäume der Teuerung nicht in den Profithimmel wachsen zu lassen. Sie zu unterstützen, ihr Kaufkraft zuzuführen statt zu entziehen, ist das Gebot der Stunde! Die konsumgenossenschaftliche Tätigkeit war während des Krieges eingeschnürt und beginnt sich erst jetzt wieder zu entfalten. In der Wahrung der Konsumenteninteressen sind die Konsumvereine zeitweise weitergegangen, als sie es eigentlich durften. Indem sie die Waren entsprechend dem Einkaufspreise billig verkauften, vermochten sie sich für den Erlös nicht wieder die gleiche Menge Waren zu beschaffen. Sie haben dadurch ihre Kapitalkraft geschwächt. Jetzt heißt es, ihnen wieder Käufer und Sparer zuzuführen. Jeder ersparte Groschen gehört jetzt in den Konsumverein. Gegen eine Welt von Feinden behaupteten sich auch die armen Weber von Rochdale.

Verschiedene Eingänge

„Typographische Mitteilungen." Zeitschrift des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Leipzig. 17. Jahrgang, 1920, Heft 8/9. Diese Zeitschrift erscheint am Anfang eines jeden Monats.

„Der Firn." Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Erscheint halbmonatlich. Heft 23. Firn-Verlag, Berlin W 57. Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk., Einzelheft 1 Mk.

Briefkasten

K. K. in B.-N.: Bescheinigen Eingang; natürlich muß bedeutend gekürzt werden. — **A. G. in B.:** Diese Angelegenheit war mit der Übergabe an den Großinquisitor für uns erledigt; sie kann es ohne irgendeine Veränderung nun auch für jeden Teil sein. — **J. C. in B.:** Gut, machen wir es so. — **G. R. in S.:** Demnächst, aber ohne den völlig zu entbehrenden „Schlußchor". — **F. W. in P.:** Erhalten; über derartige Vorgänge berichten Sie nur weiter. — **H. K. in K.:** Lassen wir doch das. Karl Felder ist ein Unglücksmensch, dessen geistige Potenzen nicht einmal zu dem Erkennen ausreichen, daß dort ein Druckfehler („Jesuiten") vorliegt, im „Korr." aber richtig zu lesen ist: „Insulten". Wer noch nicht zu den Dreien oder den Siebensinnigen gehört, muß das ohne weiteres schon aus dem Gedankengange des Satzes herausmerken. Felder aber spricht von einer „Verdeutschung": Jesuiten = Insulten, um die christlichen Buchdrucker anzujammern über die Drangsalierungen durch Verband und „Korr."! Über das alberne Zeug von Felder wird sich der Verfasser des Artikels „Wie lange noch?" gekrümmt haben. Lassen wir K. F. sich ruhig so weiter blamieren, auch das wird „kräftig" haben. — **H. T. in L.:** Sie gehören demnach zu denen, die für sich unumschränkteste Meinungsfreiheit beanspruchen und damit den Zwang verbinden, daß Ihrem Standpunkte jeder folgt und jede Behauptung von Ihnen geglaubt wird. Einreden begegnen Sie mit dem beliebten Vorwurfe der Unobjektivität. Wie schon oft erklärt, müssen wir auf Kollegen mit solchen polemischen Manieren und der Gepflogenheit, bis ins Unendliche starr bei ihren Behauptungen zu bleiben, als Debatter verzichten. Es lassen sich auch bei Meinungsverschiedenheiten fruchtbare Diskussionen pflegen. Das müssen Sie aber erst lernen! — **R. K. in C.:** Beim Redigieren haben wir noch stärker empfunden, daß der Artikel viel zu lang ist (331 Zeilen). Müssen deshalb kürzen und bitten, in Zukunft darauf mehr Bedacht und auf andre Kollegen, die auch etwas sagen wollen, mehr Rücksicht zu nehmen. — **K. R. in L. und G. P. in B.:** Ihre noch vor Erscheinen der letzten Nummer mit der Benachrichtigung, daß mit „Moskau oder London" Schluß gemacht werden muß, dazu eingegangenen Artikel sollen noch mit unterkommen. Damit ist aber endgültig Feierabend geblasen. Die Erweiterung über den nunmehr sich ergebenden Umfang hinaus macht uns jedoch solche Schwierigkeiten, daß wir noch nicht bestimmt sagen können, wann diese Spezialnummer erscheinen wird. — **G. D. in C.:** Ja wohl, mit einem solchen Artikel kann nur Gutes geistiert werden. — **P. B. in K.:** Dafür werden wir uns selbstverständlich auch einspannen, wenn die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit mit solchem Weitblick und Eifer angefaßt wird. — **F. S. in B.:** Wir sind unterrichtet, daß auch in den oppositionellen Kreisen, die in der Brandung der Zeit mit selbstbewußter Auffassung und Beurteilung stehen, die Haltung des „Korr." Anerkennung findet. Es gibt aber Leute, die schlagen gern Purzelbäume und kommen dabei durcheinander, die haben mitunter Ansichten, daß es zum Quietschen ist. Die lassen wir ungestört im Tohen. — **E. A. in K.:** Das entspricht auch unsrer Ansicht. Im übrigen jedoch mit Freuden Günstiges vernommen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Frankfurt a. M. Der Drucker Heinrich Schröder aus Oberhausen (Hauptbuchnummer 46367, Bayern Nr. 3671) erhielt hier einen Reisevorschuß von 9 Mk. Die Herren Reisekassenverwalter werden gebeten, den Betrag in Abzug zu bringen und an den Kollegen C. Neus, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51 III, einzusenden.

Adressenveränderungen

Torgau a. d. Elbe. Vorsitzender: Friedrich Heindorf, Fischerdörfchen 13 II.

Trier (Bezirk). Vorsitzender: Max Brömmert, Maarstraße 69.

Versammlungskalender

Dresden. Versammlung Mittwoch, den 13. Oktober, abends 6½ Uhr, im „Volkshause" (großer Saal), Ritzenbergstraße 2.

Nordhausen. Versammlung heute Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Spitz („Stadt Brandenburg").

Zeitz. Versammlung heute Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr, im Vereinslokal.

Zentralkommission der Maschinensetzer Deutschlands.

Wie uns mitgeteilt wird, bemüht sich zur Zeit ein Vertreter der Typographfabrik, ein Herr Friedrich aus Leipzig, Material für die Tarifberatungen zu sammeln, indem er die Provinz bereist, bei den einzelnen Firmen vorstellig wird und dort die Frage an die Geschäftsleitungen richtet, ob berechnet wird und wie hoch die Buchstabenleistungen sind. Wir ersuchen unsre Kollegen, mit Auskünften über diese Dinge recht vorsichtig zu sein, auch den Geschäftsleitungen gegenüber. Was heute von der Typographfabrik bekannt geworden ist, kann morgen oder übermorgen von den andern Setzmaschinenfabriken nachgeahmt werden. Deshalb, Kollegen aller Maschinensysteme, habt acht!

Achtung! Aufbewahren!

Buchdrucker Groß-Berlins!

Preiswerte gute Anzugs- u. Kostümstoffe

Für ganzen Anzug oder Kostüm (3¼ m lang und 1,44—1,50 m breit)
340, 360, 380 und 400 Mk.
Dazu passendes Futter 100 Mk. [279
Paul Fricke, Neukölln, Schillerpromenade 18/19, Gth. II l.
Verkauf: nur Sonnabends 2—6 Uhr und Sonntags 9—12 Uhr. Versand nach außerhalb nach vorheriger Musterforderung.

Stereotypeur

selbständiger Arbeiter für Flachstereotypie und Kalander, Plattenkorrekturen usw. per sofort oder später in dauernde Stellung gesucht. [271
Gerhard Stalling, Oldenburg.

Typographsetzer!

Gummischläuche zur Wasserkühlung empfiehlt Franz Müssig,
274] Stuttgart-Gaisburg.

Ukrainisch-

russischer Setzer wird sofort eingestellt.
G. Hoffmann, Salzwedel.

Maschinenmeister

für Illustration und Akzidenzen gesucht.
Hager & Körold, Markranstädt.

Soeben erschienen drei neue besinnliche Drucke der Gemeinschaft für Linienfreunde in neuem idealen Fachgesetze: [292
1. Die Mäanderlinie
2. Die Schnörkellinie
3. Linien f. d. Sonn- u. Alltag.
Jedes Heft ist 20 Tafeln stark und kostet 4,50 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von Wendlers Buchverlag in Braunschweig (Postscheck Hannover 23416). Nachnahme unzulässig.

Eine Buchdruckerwerkstatt

Holzschnitt von Abraham von Werdt, Formschneider, vielleicht holl. Herkunft, tätig 1640—1680, meist in Nürnberg, für 20 Mk. verkäuflich. Neudruck für 30 Mk. verkäuflich. [290
Karl Müller, Kassel, Leibnizstraße 5.

Kamerad Schnürschuh

wo steckst Du? [293
Jugendbund A. W.

Preisermäßigung!
Zigarillos empfehle zu 30, 32, 35, 40 und 45 Mk. pro 100 Stück, desgleich. Hamburger Stumpen, vorzügl. Qual., etwa 10 cm lang, 52 Mk. pro 100 St. (Ladenpreis 70 Pf.). Ferner
Zigaretten (reiner Tabak) 16, 18, 20, 22 bis 40 Mk. pro 100 St., nur an Private zu verkaufen; bei 500 Stück franko. [249
Rauchtabak in drei vorzüglichen Sorten: Marke „Konsum" 23 Mk., „Ideal" 25, 26,50 Mk., „Auslese" 27,50 Mk. pro Pfd. Ab 5 Pfd. franko! Viele Anerkennungsschreiben. Ein Versuch überzeugt!
Tabakversand Donius,
München, Schwanthaler Straße 63.

Quartheft
mit Nonpareille-Einteilung
zum Schriftschreiben
Preis Mk. 2,25.
Verlag des B.V.d.D.B.
G. m. b. H. / Leipzig
Salomonstr. 8
Postscheck-Konto 53430

Vorzgl. Klassikerangebot!
10 Proz. Abzahlung monatl.
Gediegene Klassikerbibliothek
23 Bände geb. für 345 Mk.
Chamisso 1 Bd., Goethe 4 Bde., Kleist 1 Bd., Körner 1 Bd., Lenau 1 Bd., Lessing 2 Bde., Reuter 4 Bde., Schiller 4 Bde., Shakespeare 4 Bde., Uhland 1 Bd.
E. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.

Vorzügl. Klassikerangebot
10 Proz. Abzahlung monatl.
Gediegene Klassikerbibliothek
25 Bände geb. für 375 Mk.
Anzengruber 4 Bde., Chamisso 1 Bd., Hauff 2 Bde., Kleist 1 Bd., Körner 1 Bd., Lenau 1 Bd., Ludwig 1 Bd., Rückert 3 Bde., Scheffel 3 Bde., Schiller 4 Bde., Goethe 4 Bde.
E. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.

Teilzahlung
Photo-Apparate aller Art
Photogr. Artikel
Kataloge umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin P. 407
Belle-Alliance-Str. 7—10.

☞ Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 61323

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Radelli & Hille in Leipzig